

## Haushaltsrede 2010 im Stadtrat Ludwigshafen

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Stadtratskolleginnen und –Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren der Presse

Die katastrophale Finanzlage der Stadt kann man treffend beschreiben mit dem Slogan „Ludwigshafen vor dem Abgrund“. Pro Minute muss die Stadt alleine an Zinsen 86 € aufbringen. Für die Dauer dieser Stadtratssitzung ergibt das die stolze Summe von circa 30.000 €.

Wie konnte es soweit kommen? Natürlich wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Gewerbesteuererinnahmen, die sinkende Kaufkraft, die Arbeitslosenzahlen und die Kosten für die soziale Sicherung aus. Aber auch bereits vor Ausbruch der Krise war die Stadt mit 800 Millionen € verschuldet.

Der Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz, der die kreisfreien Städte benachteiligt, verschärft die Situation zusätzlich. Die schlimmsten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bewirkt jedoch die unsoziale, einseitige Klientelpolitik der Bundesregierung. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und das Bürgerentlastungsgesetz entziehen den Kommunen Milliarden an Steuereinnahmen. Für die Banken wurden teure Schutzschirme aufgespannt; diese Investitionen von hunderten von Milliarden fehlen nun in den Kommunen. Die Lasten der Krise werden hier einseitig den Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet, Einsparungen müssen vor allem die Schwächsten unserer Gesellschaft hinnehmen. Wir brauchen deshalb endlich einen Rettungsschirm für die Menschen!

Bemerkenswert ist allerdings, dass Stadtspitze und die Parteien der großen Koalition im Stadtrat Bund und Land kritisieren und Veränderungen anmahnen. Schließlich sind für die Politik auf Bundes- und Landesebene die jeweils eigenen Parteigenossen verantwortlich. Da erscheint die Kritik recht scheinheilig.

Werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, wir Linke fordern Sie auf, in ihren Parteien basisdemokratisch zu handeln und Druck auf Ihre jeweiligen Abgeordneten und Parteispitze auszuüben.

Zur Rekordverschuldung trug aber auch die verfehlte Politik von Stadtspitze und Stadtrat bei. Dazu komme ich später.

Apropos Basisdemokratie: Warum beteiligen wir nicht die Bevölkerung bei den Entscheidungen, wofür bei den freiwilligen Leistungen Geld ausgegeben wird? Wir sind uns sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Gespür dafür haben, was notwendig ist und was nicht und daher sicher keine goldenen Bürgersteige fordern werden. Befürchten die politisch Verantwortlichen etwa, dass die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger auf der Sicherung und Verbesserung der sozialen Situation der Menschen in der Stadt liegen und sie Prestigeobjekten eine Absage erteilen?

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes wäre nicht nur ein Beitrag für eine echte Demokratie, sondern würde auch dazu beitragen, dass unsere Stadt menschlicher und lebendiger wird.

Jeder Privathaushalt muss mit dem wenigen, was ihm zur Verfügung steht, auskommen und dabei Prioritäten setzen. Alle verantwortungsbewussten Eltern werden daher auf eigenen Luxus verzichten und zuletzt bei ihren Kindern sparen, um ihnen Ausgrenzung zu ersparen und auch zu ermöglichen, als Erwachsene eigenverantwortlich für sich und ihre Familien sorgen zu können.

Die besondere Verantwortung für Kinder und Jugendliche gilt selbstverständlich auch für die Stadt. Vor allem, weil immer mehr Eltern durch zu niedrige Arbeitslosengeld-II-Sätze und prekäre Arbeitsverhältnisse nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder ausreichend zu versorgen. Die Bereiche Jugendhilfe und Bildung müssen daher absolute Priorität haben.

Im Zuge des Benchmarkprozesses sollen bei der Jugendförderung über 2 Millionen € eingespart werden. Diese Einsparungen können nur durch erheblichen Personalabbau und damit verbundenen Schließungen von Jugendtreffs erzielt werden. Dies ist der absolut falsche Weg, da mit erheblichen Folgekosten zu rechnen ist.

Weitere 1,8 Millionen sollen bei den Hilfen zur Erziehung und 800.000 € bei den Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder gekürzt werden. Damit werden diejenigen Kinder und Jugendliche im Stich gelassen, die am meisten auf Unterstützung angewiesen sind. Das ist ein Armutszeugnis für die Stadt.

Volkswirtschaftlich sinnvoll ist nur, mehr in Kinder und Jugendliche zu investieren. Sie brauchen Angebote für eine sinnvolle Freizeitgestaltung und Unterstützung zum Erwerb von sozialer Kompetenz. Daher muss in jedem Stadtteil mindestens ein Jugendtreff vorhanden sein.

Ebenso wichtig ist die Sozialarbeit an Schulen. Eine Schulabbrecherquote in der Stadt, die fast doppelt so hoch ist wie im Landesdurchschnitt, können wir uns auf Dauer nicht leisten. Anstatt diese Jugendlichen teilweise dauerhaft mit Hartz IV zu alimentieren oder in prekäre Beschäftigung zu zwingen und damit ebenfalls das Einkommen aufzustocken, ist es auf Dauer günstiger, alle Jugendlichen zu einem schulischen Abschluss zu befähigen. Jede Schule benötigt daher mindestens eine Sozialarbeiterstelle. Derzeit findet Schulsozialarbeit überwiegend nur statt, wenn sie vom Land gefördert wird.

Vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund hat die Sozialarbeit, innerhalb und außerhalb der Schule, eine überaus wichtige Funktion.

Auch die Bildung und ihre Einrichtungen haben bei den politisch Verantwortlichen unserer Stadt einen zu geringen Stellenwert. Die meisten Schulen in der Stadt sind in einem desolaten Zustand. Der Putz bröckelt, durch die Dächer dringt Regenwasser und viele Kinder ekeln sich davor, die Schultoilette zu benutzen. In einem derartigen Umfeld macht Lernen nicht viel Spaß. Hier sind enorme Investitionen der Stadt erforderlich. Leider wurde die Chance des Konjunkturpaketes II nicht ausreichend genutzt.

Der Ausbau der Fachhochschule wurde jahrelang verschlafen, obwohl die Anzahl der Studierenden ständig zunahm. Erst durch massiven Protest der Betroffenen sah sich die Stadtspitze veranlasst, mit dem Land über den Grundstücksverkauf neu zu verhandeln. Investitionen in eine derart renommierte Fachhochschule wirken sich positiv auf das Image der Stadt aus, nicht nur ein neues Einkaufszentrum und ein sanierter Pfalzbau.

Die Chance auf eine weitere Ganztagschule wurde ebenfalls vertan. Im stillen Kämmerlein entschied die Stadtspitze, das Heinrich-Böll-Gymnasium weiter halbtags zu betreiben. Dabei wurde der Wille vieler Schüler, Eltern und Lehrer ignoriert und die zuständigen Gremien nicht in die Entscheidung einbezogen. Ein derart präsidialer Führungsstil ist in einer Demokratie nicht angemessen.

Die politisch Verantwortlichen zeigen auch wenig Verantwortungsbewusstsein für ein Viertel aller Kinder in Ludwigshafen, die in Armut leben müssen. Dieses Ausmaß an

Kinderarmut, das weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, müsste jedem und jeder politisch Verantwortlichen die Schamesröte ins Gesicht treiben. Es ist nicht nur unchristlich und unsozial, diese vielen Kinder auszugrenzen, statt zu unterstützen und zu fördern. Es ist auch volkswirtschaftlich unverantwortlich, da die sozialen Folgekosten für das Verbleiben in der Bedürftigkeit um ein Vielfaches höher sind.

Diesen Kindern ein kostenloses Mittagessen in der Kita oder der Ganztagschule zu finanzieren, erfordert keinen finanziellen Kraftakt für die Stadt. Es würde aber eine enorme Entlastung für die Familien bedeuten.

Dies bietet auch die Möglichkeit, in diesen Einrichtungen wieder Hauswirtschafterinnen zu beschäftigen, die das Essen zubereiten. Auch in anderen städtischen Bereichen wird das Potential an öffentlicher Beschäftigung viel zu wenig genutzt.

Gesellschaftliche Teilhabe der einkommensschwachen Bevölkerung kann nur erreicht werden, wenn ihr Vergünstigungen bei den Eintrittsgeldern für Museen, Theater, Schwimmbäder, Volkshochschule und bei Vereinen angeboten werden. Ich erinnere hier an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das bestätigte, dass die ALG-II-Sätze keine Teilhabe ermöglichen. Daher ist die Einführung eines Sozialpasses keine soziale Wohltat, sondern ein Erfordernis zur Wahrung der Menschenwürde dieser Bürgerinnen und Bürger.

Behinderte Menschen werden künftig in unserer Stadt noch weitaus stärker ausgegrenzt, da die Eingliederungshilfen im Zuge des Benchmarkprozesses um sage und schreibe 4,2 Millionen € reduziert werden sollen. Dies ist absolut unverantwortlich.

Beim öffentlichen Personennahverkehr beträgt die Auslastungsquote gerade einmal 32%. Das ist auch nicht verwunderlich, da sich immer mehr Menschen ein Ticket für 2,10 € nicht mehr leisten können.

Ein Sozialticket für ALG-II- und Sozialhilfeempfänger sowie Geringverdiener würde nicht nur die Fahrgastzahlen deutlich steigern, sondern auch die Einnahmen erhöhen und außerdem könnte der betreffende Personenkreis wieder am öffentlichen Leben teilhaben. Profitieren würden sowohl die Anbieter als auch die Nutzer. Da der Preisnachlass natürlich von den Verkehrsbetrieben zu tragen ist, die auch die zusätzlichen Einnahmen erhalten, appellieren wir an Stadtspitze und die Mitglieder des Aufsichtsrates der RNV, ihren Einfluss geltend zu machen.

Kommen wir zum Luxus, an dem gespart werden kann. Kultur ist ein wichtiges Gut. Aber Kultur sollte allen Bevölkerungsschichten zugute kommen. In Ludwigshafen wird jedoch im Kulturbereich das meiste Geld für elitäre Kultur ausgegeben.

Die Ausstellungen im Wilhelm-Hack-Museum kosten die Stadt jedes Jahr 2 Millionen €, und das bei einem Anteil auswärtiger Besucherinnen und Besucher von 90 %.

Damit fördern wir jährlich mit der stolzen Summe von 1,8 Millionen € den Museumsbesuch von Bürgerinnen und Bürgern der Umlandgemeinden. Auch wenn alle diese Gäste nach dem Museumsbesuch noch ein Lokal aufsuchen, stehen die hierdurch zusätzlich fließenden Gewerbesteuereinnahmen in keinem Verhältnis zu den Zuschüssen.

Auch die so genannte „gute Stube“ von Ludwigshafen kommt die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen, obwohl nur wenige sie nutzen. Nicht nur die Sanierungskosten von über 40 Millionen €, auch der jährliche Zuschuss von 2,5 Millionen € kommt weit überwiegend den auswärtigen Besucherinnen und Besuchern

zugute. Um diese Schieflage zu beseitigen, sind die umliegenden Gemeinden an den Unterhaltskosten für Hackmuseum und Pfalzbau zu beteiligen. Notfalls müssen die Gebühren gestaffelt werden für Einheimische und Auswärtige. Dabei ist selbstverständlich eine Sozialkomponente zu berücksichtigen.

Beim Programm des Pfalzbaus ist zu kritisieren, dass wenige Angebote massentauglich sind. Vielmehr sprechen viele Vorstellungen nur ein handverlesenes Publikum an, was durch eine niedrige Teilnehmerzahl zu geringen Einnahmen führt.

Unsere Forderung lautet daher: Wer exotische Stücke sehen will, die nur wenige interessieren, soll auch angemessen dafür bezahlen und sich nicht von den Steuerzahlern sein Vergnügen hoch subventionieren lassen. Damit die Mammut-Investition für die Sanierung der breiten Bevölkerung zugute kommt, fordern wir, die Räumlichkeiten Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern für Veranstaltungen kostengünstig zur Verfügung zu stellen.

Luxus pur sind die Theaterfestspiele. Der Zuschussbedarf pro Besucher beträgt sage und schreibe 223 €. Bei voraussichtlich lediglich 7000 Besuchern ergibt das die stolze Summe von 1,5 Millionen €. Lehnte die Mehrheit der Bevölkerung bereits die Pfalzbausanierung und die damit verbundenen enormen Kosten ab, so ist eine derart exorbitante Subventionierung für eine verschwindend geringe Minderheit den Bürgerinnen und Bürgern beim besten Willen nicht zu vermitteln. Das Projekt ist daher einzustellen.

Trotz der erdrückenden Schuldenlast leistet sich die Stadt hohe Zuschüsse für städtebauliche Verträge. Im Grunde verstecken sich dahinter Steuergeschenke von mehreren 100.000 € an Privatinvestoren. Wenn ein Investor das Lutherhaus saniert, um schicke Penthousewohnungen zu verkaufen, oder die Firma SIHI- Halberg ihre Verwaltungsgebäude saniert, werden damit keine wichtigen städtebaulichen Aufgaben erfüllt. Hier wird viel Geld der Steuerzahler verschenkt, ohne jeglichen Nutzen für die Bevölkerung.

Luxus ist auch das derzeitige „Leuchtturmprojekt“, das schöne neue Einkaufszentrum, mit dem sich die Oberbürgermeisterin ihr Denkmal setzen lassen will. Die Denkmäler ihrer Amtsvorgänger erwiesen sich leider als Flops, ob der Hauptbahnhof oder die Walzmühle. Auch dieses Projekt ist zum Scheitern verurteilt.

Eine Aufwertung der Innenstadt war das Ziel; eintreten wird das Gegenteil. Die künftigen Mieter der Rheingalerie verlegen überwiegend lediglich ihre Filialen, wodurch die Leerstände in der Innenstadt steigen werden. Und zum Nulltarif bekommen die Bürgerinnen und Bürger ihren Einkaufstempel auch nicht, wie immer propagiert wird. Die Straßenbaumaßnahmen um die Rheingalerie verschlingen immerhin den stolzen Betrag von 10 Millionen €, die überwiegend von der Stadt aufzubringen sind.

Wir Linke fordern einen sofortigen Stopp weiterer Prestigeobjekte sowie Subventionen an die Privatwirtschaft ohne erheblichen Nutzen für die Bevölkerung. Wir appellieren an die Stadtspitze und die große Koalition im Rat, ihr Prestigedenken aufzugeben und sich im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zum Erhalt und Ausbau von sozialen Einrichtungen der Stadt zu bekennen.

Unsere Stadt hat es tatsächlich geschafft, Spitzenreiter unter den 50 größten Städten Deutschlands zu werden. Leider nicht mit der niedrigsten Arbeitslosenquote oder der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung, sondern mit dem niedrigsten Gewerbesteuerbesatz mit 360 Punkten, nachzulesen im Städteranking der Initiative neue soziale

Marktwirtschaft. Bemerkenswert ist auch das Niveau des Abstands zu den beiden zweitplatzierten Städten Freiburg und Erfurt von 40 Punkten.

Eine Erhöhung auf dieses immer noch niedrige Niveau von 400 Punkten brächte der Stadt jährlich Mehreinnahmen von über 7 Millionen € nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. Seit vielen Jahren werden somit unserem Global Player zig Millionen € geschenkt, auch in den vergangenen Jahren, als die Rheinpfalz jedes Quartal neue Rekordumsätze verkündete. Die BASF nutzt die vorhandene, immer noch gute Infrastruktur, die von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt finanziert wird, und ist daher auch angemessen an den Kosten für das Gemeinwesen zu beteiligen. Der Deal zwischen Stadt und BASF hat auch nicht verhindert, dass kontinuierlich Arbeitsplätze abgebaut werden.

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Stadt angesichts der katastrophalen Haushaltslage der BASF weiterhin jedes Jahr Millionen schenkt und zusätzlich die Kosten für den Arbeitsplatzabbau trägt. Wir Linke fordern Sie auf, Frau Oberbürgermeisterin, im Interesse der Bevölkerung Mut zu zeigen und sich nicht länger erpressen zu lassen. Die Entscheidung muss im Ratssaal getroffen werden und nicht länger beim Vorstand der BASF. Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 400 Punkte ist mehr als moderat und liegt deutlich unter dem Durchschnitt von 443 Punkten. Auch Mannheim hat einen Hebesatz von 415 Punkten, Mainz sogar von 440 Punkten. In beiden Städten sind größere Firmen angesiedelt, die deshalb nicht die Steuerflucht antreten. Für kleine und mittlere Betriebe fällt die Mehrbelastung gering aus. Außerdem zahlt nur Gewerbesteuer, wer auch Gewinne erzielt.

Hierauf kann die Stadtverwaltung direkt Einfluss nehmen über die Auftragsvergabe und das Beschaffungswesen. Wenn für Baumaßnahmen vorzugsweise ortsansässige Handwerksfirmen beauftragt werden und auch beim Einkauf heimische Firmen bevorzugt werden, ist dies trotz höherer Kosten günstiger, als Aufträge an auswärtige oder gar ausländische Firmen zu vergeben. Mit etwas Weitsicht können so Firmenstandorte in der Stadt erhalten oder sogar ausgebaut werden, was zu höheren Steuereinnahmen führt und vor allem Arbeitsplätze sichert.

Bei der Erschließung neuer Einnahmequellen zeigte Herr Bürgermeister Zeiser Kreativität. Unter dem Label „Vergnügungssteuer“ sollen nun ausgerechnet Prostituierte zusätzliche Steuern abführen. Sind Ihrer Auffassung nach Prostituierte Vergnügungsobjekte, Herr Zeiser? Das halten wir ethisch für mehr als fragwürdig. Prostitution ist schlicht und ergreifend Ausbeutung von Frauen, die wir Linke strikt ablehnen. Auch aus sozialen Gründen ist diese Initiative abzulehnen, da die meisten Prostituierten ein sehr geringes Einkommen erzielen. Die Profiteure dieses Gewerbes sind die Bordellbesitzer und Zuhälter, leider auch oft Menschenhändler. Will die Stadt hier wirklich wegen Mehreinnahmen von lediglich 150.000 € zum Zuhälter mutieren? Wir fordern Sie vielmehr auf, dieses Gewerbe zu unterbinden.

Die Personalpolitik der Stadt lässt sehr zu wünschen übrig. Nicht genug, dass in den letzten drei Jahren 150 Stellen abgebaut wurden. In diesem Jahr wird die Schwerbehindertenquote von 7 auf 6% reduziert. Auch die Ausbildungsquote sinkt von 10 auf 9%. Laut Haushaltsplan sinkt die Zahl der Auszubildenden und Praktikanten von 380 im letzten Jahr auf 350. Der Stellenplan 2010 offenbart die Realität. Die Zahl der Auszubildenden beläuft sich in Wahrheit auf nur 108. Hinzu kommen 217 Praktikanten. Damit werden die Praktikanten in die Ausbildungsquote mit eingerechnet. Das ist Täuschung in Reinkultur. Tatsächlich beläuft sich die Ausbildungsquote bei der Stadt auf lächerliche 3%. Dies ist absolut verantwortungslos und die Stadtspitze trägt damit

zu einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit bei. Wer so handelt, darf sich anschließend nicht über steigende Kosten für die soziale Sicherung beklagen.

Obwohl unstrittig ist, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in den nächsten Jahren zunimmt, erscheint im Haushaltsplan von 2009 bis 2013 die unveränderte Zahl von 8050 Bedarfsgemeinschaften. Dieser Optimismus geht völlig an der Realität vorbei. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier erforderliche Mehraufwendungen gezielt nicht erfasst werden, um das Haushaltsdefizit nach unten zu korrigieren.

Deutliche Einsparpotentiale sind in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Medienbetreuung vorhanden. Laut Haushaltsentwurf finden jährlich 350 Pressekonferenzen und andere Einladungen statt. Die wenigen herausragenden Ereignisse pro Jahr rechtfertigen nicht derart viele Medienkontakte. Auch auf Hochglanzbroschüren kann ohne Qualitätsverlust verzichtet und dadurch ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden.

Im Bereich Organisation fallen die hohen Portokosten von 750.000 € auf. Im 21. Jahrhundert müsste es doch möglich sein, einen Teil der Post auf elektronischem Weg zu verschicken.

Auch wir Stadträte und Fraktionen können ein Zeichen setzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Schließlich wird unser Ehrenamt fürstlich honoriert. Ehrenamtliche in Sozialverbänden können davon nur träumen. Sie opfern für ihr Engagement nicht nur ihre Freizeit, sondern zahlen oftmals ihre Auslagen, wie zum Beispiel Fahrtkosten, aus der eigenen Tasche.

Verzichten wir doch einfach monatlich auf 100 € bei unserer Aufwandsentschädigung. Das spart der Stadt 72.000 €. Zur Bestreitung ihrer Geschäftsführungskosten erhalten die Fraktionen pro Mitglied jährlich 2.820 €. Eine Halbierung dieses Betrages lässt den Fraktionen immer noch ausreichend Spielraum zur Finanzierung ihrer Fraktionsarbeit. Die Teilnahme an Sitzungen ist mit der Aufwandsentschädigung mehr als abgegolten, so dass die zusätzlichen Sitzungsgelder überflüssig sind und gestrichen werden sollten.

Diese Einsparungen summieren sich auf den stolzen Betrag von fast 230.000 €. Diese Summe sollte zweckgebunden verwendet werden. 1000 Kinder in Familien im ALG-II-Bezug werden bisher nicht vom Eigenanteil bei den Essenskosten in der Kindertagesstätte befreit; der Jugendhilfeausschuss hatte dies wegen der desolaten Finanzlage abgelehnt. Der finanzielle Aufwand hierfür entspricht exakt dem Volumen unseres Sparvorschlags bei den Stadträten und Fraktionen und würde die Stadt keinen Cent mehr kosten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, zeigen Sie ein Herz für benachteiligte Kinder und schließen Sie sich unserem Vorschlag an.

Auch die Stadtspitze sollte ihre Vorbildfunktion wahrnehmen. Bei repräsentativen Ausgaben können die Ausgaben erheblich reduziert werden, wenn für Feiern und Empfänge ein bescheidenerer Rahmen gewählt wird.

Auf eigene Anträge verzichten wir heute, da wir keine Chance sehen, für unsere Vorschläge Mehrheiten zu finden. Leider spielen bei einigen Fraktionen ideologische Vorurteile und Vorbehalte eine größere Rolle als die Frage, welche politischen Ziele der Bevölkerung nutzen.

Aber vielleicht konnten wir den einen oder anderen Denkanstoß geben und einzelne Fraktionen greifen einige unserer Ideen und Vorschläge auf.

Wir werden gegen den Haushalt stimmen, da er sozial unausgewogen ist und die Umverteilung von unten nach oben befördert, wie dies auch auf Bundes- und Landesebene erfolgt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.